

Großenkneten springt in die Bresche

SCHULSOZIALARBEIT Finanzierung bis Ende 2015 empfohlen – Einhellige Empörung über das Land

Das Land arbeitet am Gesamtkonzept. So lange will es nicht über den „Einzelfall“ sprechen.

VON ULRICH SUTTKA

GROßENKNETEN – Wenn das keine Bestätigung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen der Gemeinde Großenkneten ist. „Das ist teilweise besser, als ich mir das vorgestellt habe“, berichtete Ulrich Meiners von seinem Eindruck der ersten sieben Monate Schulsozialarbeit an den vier

Grundschulen. Drei Mitarbeiterinnen teilen sich seit April die 40 Stunden pro Woche. Meiners, Leiter der Grundschule Ahlhorn, betonte in Namen aller Schulleiter: „Das ist hervorragend gelaufen. Da sind sich alle einig“, sagte er im Großenknetener Schul- und Sportausschuss am Montagnachmittag.

So soll es auch weitergehen, waren sich die Ausschussmitglieder einig und empfahlen, 48 700 Euro in den Haushalt 2015 einzustellen. Sie halten die Arbeit für enorm wichtig. Damit über-

nimmt die Kommune zunächst weiterhin befristet die Finanzierung der sozialpädagogischen Arbeit bis Ende 2015, obwohl sie das Land dafür in der Pflicht sieht.

Entsprechend groß ist der Frust und die Verärgerung bei den Ratsmitgliedern, dass das Land die Gemeinde in dieser Frage weiter im Regen stehen lässt. Unzählige Gespräche und Vorstöße von Großenknetener Verwaltung und Politik sowie das Eingreifen des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes haben bisher zu keiner Entscheidung in

Hannover geführt.

Ein jüngster Brief aus dem Kultusministerium, gezeichnet von Staatssekretär Peter Bräth, verweist auf die komplexe Aufgabe, Jugendhilfe und Schule besser zu verzahnen. Sie werde rund zwei Jahre dauern. Vor diesem Hintergrund sei es nicht möglich, „Gespräche zur Situation in Einzelfällen zu führen“, so der Staatssekretär in seiner Antwort an die Gemeinde Großenkneten.

Diese Argumentation fanden alle Ausschussmitglieder völlig unverständlich. Astrid

Grotelüschen (CDU) betonte: „Großenkneten ist kein Einzelfall, so sieht es auch in vielen anderen Kommunen aus.“ Arne Koopmann (SPD) fühlte sich „vom Land allein gelassen“. Uwe Behrens (KA) betonte, dass der Bedarf an sozialpädagogischer Arbeit noch zunehmen werde.

„Es ist wichtig, das Land in die Pflicht zu nehmen“, so Imke Haake (FDP). Auch Henrik Abeln (Unabhängige) appellierte an die Verantwortung des Landes. Weiter soll das Gespräch mit dem Land gesucht werden, war Konsens.